

## Diskussionspapier

Forschungsgruppe Asien  
Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale  
Politik und Sicherheit



*Felix Heiduk*

# Politische und gesellschaftliche Islamisierungstendenzen in Südostasien: Indonesien und Malaysia im Vergleich

### SWP

Stiftung Wissenschaft und  
Politik  
Deutsches Institut für  
Internationale Politik und  
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

Diskussionspapiere sind  
Arbeiten im Feld der  
Forschungsgruppe, die nicht als  
SWP-Papiere herausgegeben  
werden. Dabei kann es sich um  
Vorstudien zu späteren SWP-  
Arbeiten handeln oder um  
Arbeiten, die woanders  
veröffentlicht werden. Kritische  
Kommentare sind den  
AutorInnen in jedem Fall  
willkommen.

Diskussionspapier FG7, 2007/03, Dezember  
2007  
SWP Berlin

# Inhalt

- 1. Einleitung 3**
- 2. Historische Wurzeln des Islam in Südostasien 4**
- 3. Die Islamisierung Indonesiens und Malaysias seit den 1970er Jahren 5**
- 4. Politischer Islam in Indonesien und Malaysia heute 8**
- 5. Fazit 12**

## 1. Einleitung

Das Bild eines genuin „friedlichen, toleranten“ Islam in Südostasien hat in den letzten Jahren durch das Auftreten militanter islamistischer Organisationen, allen voran dem transnational operierenden Terrornetzwerk Jemaah Islamiyah (JI - „Islamische Gemeinschaft“), Risse erhalten. Insbesondere die Anschläge auf zwei Nachtclubs in Bali 2002 haben den islamistischen Terrorismus wie auch die damit häufig in Verbindung gebrachten gesellschaftlichen und politischen Islamisierungstendenzen in der Region auf die politische Agenda gesetzt. Eine ganze Reihe von Untersuchungen hat hierbei auf den Umstand verwiesen, dass die zunehmende gesellschaftliche Islamisierung – Zachary Abuza hat diesen Umstand als „conservative Islamic revival“ bezeichnet – zum einen als paradigmatisch für den kontinuierlichen Zulauf anzusehen ist, den (militante) islamistische Organisationen verzeichnen. Zum anderen hat die stärkere Hinwendung zum Islam die Perzeption militanter Organisationen in Teilen der Bevölkerung verändert: In vielerlei Hinsicht lehnen Teile der Bevölkerung zwar die gewalttätigen Aktionen von Organisationen wie der JI ab, sind aber, folgt man Autoren wie Abuza, den Zielen und Forderungen militanter islamistischer Gruppierungen oftmals zugeneigt.<sup>1</sup>

Einer derartigen Interpretation aktueller Entwicklungen in Südostasien zuträglich sind die unzähligen Medienberichte, die ebenfalls eine Verbindung herstellen zwischen der zunehmenden Islamisierung Südostasiens und der „Radikalisierung“ des Islams sowie den damit scheinbar verbundenen negativen Begleiterscheinungen wie dem islamistischen Terrorismus und gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Muslimen und Christen. Demzufolge widmet sich dieses Papier allgemein der Frage, ob auf gesellschaftlicher Ebene zu beobachtende Islamisierungsprozesse zwangsläufig eine Islamisierung der Politik nach sich ziehen. Wenn ja, welche Faktoren sind hierfür zentral und welcher Gestalt ist die Islamisierung der Politik? Damit eng verbunden ist die spezifischere Frage nach der Verbindung zwischen der gesellschaftlichen Islamisierung und den erwähnten „radikalisierten“ Erscheinungsformen islamistischer Politik. Für Südostasien, eine Region, in der ca. 210 Mio. (45 Prozent) der 470 Mio. Einwohner Muslime sind, birgt eine derartige Fokussierung besondere Relevanz, da mit Ausnahme Ost Timors alle Staaten der Region entweder über signifikante Bevölkerungsanteile (über 5%) muslimischen Glaubens verfügen, oder aber, wie in Brunei (67 Prozent), Malaysia (61 Prozent) und Indonesien (88 Prozent), sogar die Bevölkerungsmehrheit muslimischen Glaubens ist.

Allein aufgrund dieser unterschiedlichen quantitativen Gewichtung von Muslimen in den Bevölkerungsstrukturen der Länder Südostasiens muss zunächst zwischen mehrheitlich muslimischen Ländern und solchen, die nur über (teilweise signifikante) muslimische Minderheiten verfügen, unterschieden werden. In den Staaten Südostasiens, die nur über muslimische Minderheiten verfügen, stellen Islamisierungstendenzen in erster Linie ein lokales Phänomen dar. Ihr Einfluss auf die nationale Politik ist folglich begrenzt. Militante islamistische Gruppierungen finden sich insbesondere in Regionen, die mit bereits seit Dekaden bestehenden und bislang vornehmlich ethnopolitisch aufgeladenen Konflikten konfrontiert sind. Diese Konflikte haben in den letzten Jahren zusätzlich eine „religiöse“ Aufladung erfahren,<sup>2</sup> die vor allem in der medialen Berichterstattung über die betreffenden

---

<sup>1</sup> Vgl. Zachary Abuza: Muslims, Politics, and Violence in Indonesia: An Emerging Jihadist-Islamist Nexus?, NBR Analysis, Vol. 15, 2004, No. 3, S. 53 ff; ebenso: Fred R. von der Mehden: Radical Islam in Southeast Asia and its challenges to U.S. policy, James A. Baker III Institute for Public Policy, Rice University, Oktober 2005.  
<sup>2</sup> Vgl. Robert W. Hefner: The Sword Against the Crescent – Religion and Violence in Muslim Southeast Asia, in: Linell E. Cady, Sheldon W. Simon (Hg.): Religion and Conflict in South and Southeast Asia, London 2007, S. 33-50.

Konflikte immer stärker in den Vordergrund gerückt ist. Derartige Phänomene lassen sich vor allem in den Konflikten zwischen der Zentralregierung und den nach mehr Autonomie oder gar Unabhängigkeit strebenden Guerillabewegungen in Südthailand (Pattani) und in Mindanao (Philippinen) feststellen. Die in Mindanao wie auch in Pattani zu beobachtende Vermischung von politischen Autonomiebestrebungen, Mustern sozioökonomischer Benachteiligung und ethnopolitischen wie auch religiösen Mobilisierungen verdeutlicht, dass hierbei „Islam“ bzw. Religion als nur einer von vielen Konfliktfaktoren zu bestimmen ist. Entstehung und Verlauf der Konflikte müssen mit Blick auf die entlang politischer und ökonomischer Akkumulationschancen verlaufenden Konfliktlinien analysiert werden. Der Islam fungiert hierbei zwar als Mobilisierungs- und Legitimationsinstrument, ist aber nicht ursächlich für den Konflikt.<sup>3</sup> Dafür spricht u.a. der Umstand, dass in Thailand zwar Teile der malaiischstämmigen muslimischen Minderheit im Süden einen Bürgerkrieg gegen die Zentralregierung führen, aber die Thai-stämmige muslimische Minderheit im Norden des Landes hiervon unberührt in friedlicher Koexistenz zur buddhistischen Bevölkerungsmehrheit lebt.

Der Fokus dieses Papiers soll im Wesentlichen auf den Islamisierungstendenzen in Indonesien und Malaysia liegen. Eine derartige Schwerpunktsetzung ist aus folgenden Gründen sinnvoll: Erstens haben sich die auf gesellschaftlicher Ebene zu beobachtenden Islamisierungstendenzen, wenn auch in unterschiedlicher Art und Weise, prägend auf die Politik Malaysias und Indonesiens ausgewirkt. Sie sind folglich keineswegs nur lokal zu verortende Phänomene. Beide Staaten sind seit den 1970ern bzw. 1980ern mit dem Phänomen einer zunehmenden gesellschaftlichen Bedeutung des Islam wie einer Islamisierung der Politik konfrontiert. Zweitens sind für Deutschland und die EU Malaysia, sowie vor allem Indonesien als größtes muslimisches Land der Welt, zentrale politische und wirtschaftliche Partner in Südostasien. Die Entwicklungen in diesen Ländern haben daher nicht nur einen unmittelbaren Einfluss auf die Region, sondern sind ebenfalls von besonderer Relevanz für die deutsche und europäische Außenpolitik gegenüber Südostasien. Für die Analyse der Islamisierungstendenzen in den beiden Ländern sollen zuerst kurz die Wurzeln des Islam in Südostasien dargestellt werden, um anschließend nachzuzeichnen, wie die Islamisierungsprozesse in Malaysia und Indonesien seit ihrer Unabhängigkeit verlaufen sind und welche internen und externen Faktoren hierbei eine wichtige Rolle gespielt haben. Im Hauptteil soll dann eine Analyse der innenpolitischen Folgeerscheinungen dieser Prozesse erfolgen, um im letzten Abschnitt die Untersuchungsergebnisse in komparativer Perspektive zusammenzuführen und eine Antwort zu finden auf die zu Anfang aufgeworfene Frage nach dem möglichen Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher und politischer Islamisierung. Hierbei ist zu beachten, dass sich die vorliegende Analyse im Wesentlichen mit den möglichen innenpolitischen Auswirkungen einer zunehmenden Islamisierung beschäftigt.

## **2. Historische Wurzeln des Islam in Südostasien**

Der Islam gelangte ab dem 10. Jahrhundert durch arabische Händler und ihre sie begleitenden islamischen Gelehrten über die Handelsrouten des indischen Ozeans nach Südostasien. Davor wurde die „religiöse Landkarte“ Südasiens von buddhistischen und hinduistischen Königreichen geprägt. Als sich die ersten Kontakte mit dem Islam festigten, konvertierten vielerorts zuerst die lokalen Eliten zum Islam. Gewaltanwendungen gegenüber „Ungläubigen“ blieben hierbei die Ausnahme. Vielmehr etablierte sich der Islam

---

<sup>3</sup> Vgl. Peter Kreuzer: Die Rebellion der Muslime im Süden der Philippinen, HSFK-Report Nr. 7/2003, Frankfurt/M. 2003; International Crisis Group (ICG): Southern Thailand: Insurgency, Not Jihad, Asia Report N°98, Brüssel/ Singapur, 18.05.2005.

durch die Adaption lokal vorherrschender religiöser Traditionen. In einem gewissermaßen „interaktiven Prozess“ wurden auf diese Weise hinduistische, buddhistische oder animistische Elemente integriert, wodurch sich ein heterogener, moderater, toleranter Islam in Südostasien herausbildete.<sup>4</sup> Aus buddhistischen oder hinduistischen Fürstentümern wurden in der Folge islamische Sultanate. Im Verlauf der Kolonialisierung des malaiischen Archipels mit Beginn des 16. Jahrhunderts durch die Niederländer, Engländer und Portugiesen kam es zwecks Stabilisierung der Kolonialreiche zwar zu einer Kooperation der Kolonialherren mit den muslimischen Sultanaten, der Islam spielte innerhalb der Kolonialpolitik der Engländer und Holländer aber keine Rolle. Auch die Anfang des 20. Jahrhunderts auftretenden nationalen Befreiungsbewegungen waren keineswegs durchweg islamisch geprägt, sondern beinhalteten neben islamischen auch starke nationalistische und kommunistische Strömungen.

Demzufolge kam es auch nach der Unabhängigkeitserklärung Indonesiens (1949) und Malaysias (1963) in beiden Ländern nicht zur Schaffung von islamischen Staaten, obwohl die Bevölkerungsmehrheiten jeweils muslimischen Glaubens waren. Dies ist in erster Linie auf die Befürchtungen der politischen Eliten zurückzuführen, eine Errichtung islamischer Staaten könnte Widerstände unter den religiösen Minderheiten der gerade erst unabhängig gewordenen Staaten nach sich ziehen und so eventuell zu deren Auseinanderbrechen führen. Eine Islamisierung auf gesellschaftlicher Ebene fand in Malaysia und Indonesien erst ab den 1970er und 1980er Jahren statt. Von Beobachtern werden eine ganze Reihe von Indikatoren für die ab den 1970ern voranschreitende zunehmende gesellschaftliche Bedeutung des Islam angeführt: ein Anstieg der Verbreitung religiöser Schriften sowie der Moscheenbesuche, die Abkehr von Traditionen religiöser Toleranz, die sich u.a. in Indonesien in der zunehmenden Intoleranz gegenüber gemischten Ehen z.B. zwischen Muslimen und Christen äußerte, die Zunahme von Pilgerfahrten nach Mekka, zunehmender sozialer Druck auf Frauen, das Kopftuch zu tragen und die Ausbreitung von Madrassen (Islamschulen). Erklärt wird dies durch folgende Faktoren: Erstens führten die rapiden sozioökonomischen Veränderungen im Zuge der Modernisierung der beiden Staaten zur Transformation traditioneller gesellschaftlicher Ordnungen, Bezugspunkte und Wertesysteme. Besonders unter der sich im Zuge der Modernisierung herausbildenden Mittelschicht, die den sozioökonomischen Transformationsprozessen am stärksten ausgesetzt war, führte dies vielerorts zu einer verstärkten Hinwendung zum Islam.<sup>5</sup> Dieser wurde als Bezugs- bzw. Orientierungspunkt in einer sich schnell verändernden Umgebung angesehen. Zweitens wurden durch den „Petrodollar-Islam“ vieler Golfstaaten ab den 1970ern der Aufbau von Religionsschulen und anderen islamischen Organisationen vorangetrieben.<sup>6</sup> Durch diese gelangte eine wesentlich striktere, wahabitische Auslegung des Islam nach Südostasien. Als dritter Faktor muss letztlich die gezielte staatliche Islamisierungspolitik erwähnt werden, die zum Zwecke der Herrschaftslegitimation der autoritären Regime in Malaysia und Indonesien umgesetzt wurde.<sup>7</sup>

### 3. Die Islamisierung Indonesiens und Malaysias seit den 1970er Jahren

Die Bedeutung der staatlichen Islamisierungspolitik wird insbesondere im Falle **Malaysia**

---

4 Greg Fealy: Islamisation and politics in Southeast Asia, in: Nelly Lahoud, Anthony H. Johns (Hg.): Islam in World Politics, London 2005, S. 152-169, hier: S. 154 f.

5 Andreas Ufen: Islamismus in Südostasien – Ein Vergleich von Indonesien und Malaysia, in: Ulf Engel et al. (Hg.): Navigieren in der Weltgesellschaft, Münster 2005, S. 300-312, hier: S. 302 ff.

6 Vgl. Anthony Bubalo, Greg Fealy: Joining the Caravan? The Middle East, Islamism and Indonesia, Lowy Institute Paper 05, Lowy Institute, Alexandria 2005.

7 Greg Fealy: Islamisation and politics in Southeast Asia, a.a.O., S. 153 ff.

deutlich. Die sozioökonomische Besserstellung der beiden großen ethnischen Minderheiten, den Indern und Chinesen, gegenüber der malaiischen Mehrheit (55 Prozent) führte seit der Gründung Malaysias 1963 immer wieder zu Spannungen zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen, die 1969 in gewalttätigen Ausschreitungen eskalierten. Um die Schlechterstellung der Malaien fortan auszugleichen und weitere Unruhen zu verhindern, betrieb die traditionell von Malaien dominierte Regierung in Kuala Lumpur seit den 1970ern eine positive Diskriminierungspolitik.<sup>8</sup> Hierbei spielte der Islam als identitätsbildendes Merkmal der Malaien gegenüber den Indern und Chinesen eine zentrale Rolle. „Malaientum“ und Islam galten fortan als untrennbar verknüpft. Teil der positiven Diskriminierungspolitik war vor allem die staatliche Förderung islamischer Bildung und islamischer Institutionen. Unter Premierminister Mahatir (1981-2003) wurde die in den 1970ern begonnene staatliche Islamisierungspolitik durch Islamkurse an Schulen und Universitäten und die Propagierung einer „islamischen“ Moral- und Pflichtenlehre sowie Arbeitsethik weiter ausgebaut. Diese Islamisierungspolitik gipfelte in der Erklärung Malaysias zum islamischen Staat durch Mahatir im September 2001 – ohne dass jedoch die dafür notwendigen Veränderungen in der Verfassung durchgeführt worden wären. Die Islamisierung Malaysias ist somit eng verknüpft mit der von Seiten des Staates initiierten positiven Diskriminierungspolitik.<sup>9</sup>

Der Islam entwickelte sich so mehr und mehr zu dem wesentlichen Macht- und Legitimationsinstrument staatlicher Politik, ohne dessen Berücksichtigung aktuelle politische Prozesse im Land nicht verständlich sind. Da die muslimischen Malaien über die Hälfte der Bevölkerung ausmachen, sind deren Stimmen für den Wahlausgang maßgebend. Folglich konkurrieren die von der UMNO (United Malay National Organization – Vereinigte Nationale Malaien Organisation) geführte Regierungskoalition Barisan Nasional (BN – Nationale Front) und die islamistische Oppositionspartei PAS (Parti Islam Se-Malaysia - Islamistische Partei Malaysias)<sup>10</sup> um die Stimmen der Malaien. Die PAS ist die zweite von Malaien dominierte politische Partei, die seit den 1970er Jahren einen strikten Oppositionskurs gegenüber der BN fährt. Regierungskoalition wie Opposition setzten auf den Islam als Legitimationsbasis wie auch als Instrument zur Diffamierung des politischen Gegners. Auf politischer Ebene findet gewissermaßen eine Konkurrenz um den „wahren Islam“ statt.

Als Folge der Instrumentalisierung des Islam durch die Opposition hat auch die Regierungskoalition in den letzten Jahren immer konservativere Politiken formuliert und umgesetzt. Dieser Umstand wird besonders auf der lokalen Ebene deutlich. Hier sind die Unterschiede zwischen der islamistischen PAS und der sich moderat gebenden UMNO oftmals marginal. Zwar scheiterten die Versuche der PAS, in den von ihr regierten Bundesstaaten die *Sharia* und das drakonische *Hudud*-Strafrecht einzuführen, am Widerstand der UMNO-dominierten Zentralregierung. Aber auch in UMNO-regierten Bundesstaaten finden sich auf breiter Front Islamisierungstendenzen, die sich in ihrer Ausrichtung nur

---

8 Bislang gehörten alle bisherigen Premierminister Malaysias der von Malaien dominierten Regierungskoalition Barisan Nasional (BN – Nationale Front) an bzw. der die Regierungskoalition dominierenden UMNO (United Malays National Organisation) und waren zudem malaiischer Abstammung.

9 Vgl. Farish A. Noor: Reaping the Bitter Harvest after twenty years of State Islamization: The Malaysian Experience Post-September 11, in: Rohan Gunaratna (Hg.): Terrorism in the Asia-Pacific: Threat and Response, Singapur 2003, S. 178-201.

10 Die PAS wurde in den fünfziger Jahren gegründet und war zunächst Mitglied der Regierungskoalition Barisan Nasional, wurde aber in den 1970ern ausgeschlossen. In den 1990ern schloss sich die PAS mit anderen Oppositionsparteien, zu denen auch die säkular orientierte Democratic Action Party (DAP) gehörte, zur Barisan Alternatif (BA – Alternative Front) zusammen und forderte damit die über eine Zwei-Drittel-Mehrheit verfügende Regierungskoalition heraus. Kurz nach den Anschlägen des 11. Septembers 2001 spaltete sich die Barisan Alternatif aufgrund der Unterstützung der Taliban durch die PAS.

unwesentlich von denen der PAS unterscheiden. In Pahang beispielsweise werden Konvertierungsversuche mit Auspeitschen bestraft; dasselbe Strafmaß droht in Selangor Muslimen, die Alkohol getrunken haben. Beide Bundesstaaten werden nicht von der PAS regiert. Die konkurrierenden Islamdiskurse zwischen Regierung und Opposition, die von beiden Seiten herrschaftsstrategisch eingesetzt werden, prägen die malaysische Politik seit Jahren und führten dazu, dass der Islam in Malaysia, trotz einem muslimischen Bevölkerungsanteil von nicht einmal 60 Prozent, einen politisch sehr viel höheren Stellenwert aufweist als im benachbarten Indonesien.

Um die geringere Bedeutung des Islam für die **indonesische Innenpolitik** verstehen zu können, ist es zunächst wichtig, einen Blick auf den Prozess der indonesischen Nationalstaatsbildung zu werfen: Mit Erlangung der Unabhängigkeit im Jahr 1949 sah sich das überwiegend von Muslimen bewohnte Indonesien mit der Frage konfrontiert, welchen Stellenwert der Islam in der Verfassung haben sollte. Während in einer ersten Version der indonesischen Verfassung mit der so genannten Jakarta-Charta noch ein Passus zu finden war, der alle Muslime zur Anwendung der *Sharia* verpflichtete, wurde dieser Passus aus der endgültigen Fassung der Verfassung gestrichen. Grund hierfür waren Befürchtungen innerhalb der von den Nationalisten um Indonesiens ersten Präsidenten Sukarno dominierten verfassungsgebenden Versammlung, dass eine islamische Verfassung zu Widerständen im hauptsächlich von Christen bewohnten Ostindonesien führen würde. Diese hätten die Stabilität des neu gegründeten Staates gefährdet. Die Hoffnungen der Islamisten, mittels der ersten freien und fairen Wahlen 1955 doch noch die Etablierung eines Islamstaates erreichen zu können, erfüllten sich nicht. Die islamischen Parteien erreichten zusammen nur 43,5 Prozent der Stimmen. Die Mehrheit der Stimmen ging an Nationalisten und Kommunisten. Regionale Aufstandsbewegungen mit dem Ziel der Errichtung des Islamstaates waren die Folge, die aber allesamt von der Zentralregierung um Sukarno mit Hilfe des säkular orientierten Militärs niedergeschlagen wurden.<sup>11</sup>

Mit der Machtübernahme Suhartos 1965 wurden die Islamisten schließlich von der Machtbeteiligung im Staat vollständig ausgeschlossen. Islamistische Parteien wurden verboten und islamische Organisationen generell streng vom Suharto-Regime kontrolliert. Vielerorts bestand in den ersten Dekaden des Suharto-Regimes das Führungspersonal in Politik und auch Armee aus Christen oder aus moderaten Muslimen. Politische Herrschaft wurde in der Folge primär durch den Clan Suhartos, die Suharto-Partei Golkar und das Militär ausgeübt. Die zu Beginn erwähnte Islamisierung der Gesellschaft seit den 1970er Jahren wurde von Suharto erst Ende der 80er Jahre politisch instrumentalisiert. Dies äußerte sich in erster Linie durch den Bau staatlicher Moscheen und die staatliche Förderung islamischer Lehre an Schulen und Universitäten. Ebenso wie in Malaysia hatte die Islamisierung der Politik auch im Suharto-Indonesien eine herrschaftsstrategische Komponente: sie diente der Legitimierung des autoritären Regimes, dessen „säkulare“ Basis in Verwaltung und Militär zu bröckeln begann. Führungspositionen in Politik, Verwaltung und Armee wurden zunehmend mit konservativen Muslimen besetzt und in den 90er Jahren versuchte Suharto zudem die bislang völlig marginalisierten Islamisten zu kooptieren, um so ein Gegengewicht zur immer stärker werdenden demokratischen Reformbewegung zu schaffen.<sup>12</sup>

Der Rücktritt Suhartos im Kontext der Asienkrise im Mai 1998 machte den Weg frei für Reformen und leitete den Übergang Indonesiens von einem autoritären zu einem demokratischen politischen System ein. Dies führte neben der Abhaltung freier und fairer

---

11 Vgl. Martin van Bruinessen: Genealogies of Islamic Radicalism in post-Suharto Indonesia, in: South East Asia Research, Vol. 10, 2002, No. 2, S. 117-154.

12 Greg Barton: Islam, Islamism and Politics in Indonesia, in: Damien Kingsbury (Hg.): Violence in Between – Conflict and Security in Archipelagic Southeast Asia, Clayton 2005, S. 75-105, hier: S. 92.

Wahlen u.a. auch zur Neugründung einer ganzen Reihe von politischen Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die ihrerseits ein äußerst breites Spektrum an Ideologien, Werten und Politikvorstellungen vertraten. Die Parteienlandschaft reichte, mit Ausnahme der PKI (Partai Komunis Indonesia – Kommunistische Partei Indonesiens), die auch im post-Suharto Indonesien weiterhin verboten blieb, nunmehr von Nationalisten über Islamisten bis hin zu sozialdemokratisch orientierten Parteien. Neben der Pluralisierung der politischen Landschaft führte die Transition Indonesiens auch zur Öffnung gesellschaftlicher Diskurse, die unter Suharto umfassend eingeschränkt worden waren. Dementsprechend konnten sowohl liberale Muslime als auch Islamisten die eigenen Koranauslegungen weitaus freier vertreten und publizieren. Die hieraus resultierende Konkurrenz um die „richtige“ Auslegung des Korans führte, anders als in Malaysia, allerdings zu keiner Hegemonialisierung des politischen Diskurses durch die Islamisten.<sup>13</sup>

Bei den ersten freien Wahlen seit 1955 im Jahre 1999 gewannen nicht die islamistischen Kräfte, sondern die Suharto-Partei Golkar und die nationalistische Partei unter Führung der Sukarno-Tochter Megawati. Der sehr viel geringere politische Stellenwert des Islams in Indonesien ist in historischer Perspektive zum einen auf die Repression islamischer und besonders islamistischer Kräfte unter Suharto zurückzuführen, die es in Malaysia in dieser Form nicht gegeben hat (die PAS gehörte seit ihrer Gründung zum legalen politischen Establishment Malaysias). Zum anderen gab es zwar auch in Indonesien seit den 1970er Jahren gesellschaftliche Islamisierungstendenzen, die ab den 1980ern vom Suharto-Regime als Legitimitätsinstrument benutzt wurden, aber der Islam nahm weder unter Suharto noch im post-Suharto Indonesien eine dominierende Stellung im politischen Diskurs ein. Hierfür waren die säkularen und moderaten Kräfte innerhalb des politischen Establishments zu stark. Außerdem waren die islamistischen Kräfte zu heterogen und fragmentiert. Es gelang ihnen daher nicht, eine geschlossene Opposition zu Suharto bilden.<sup>14</sup>

#### 4. Politischer Islam in Indonesien und Malaysia heute

Der geringere Islamisierungsgrad der Politik in **Indonesien** zeigt sich aktuell sowohl an den Wahlergebnissen wie auch an den Programmen, mit denen die miteinander konkurrierenden Parteien Wähler zu mobilisieren vermögen. Die untereinander vielfach zerstrittenen islamistischen Parteien stellten sowohl 1999 als auch 2004 nur etwas mehr als ein Fünftel aller Abgeordneten. Mehrere Versuche der Islamisten (zuletzt 2003), per Parlamentsentscheid die Einführung der *Sharia* durchzusetzen, scheiterten. Auch sind alle wichtigen Regierungsämter immer noch entweder von Nationalisten oder moderaten Muslimen besetzt. Ein neues Phänomen stellt in diesem Kontext allein der Wahlerfolg der islamistischen PKS (Partai Keadilan Sejahtera - Partei für Wohlstand und Gerechtigkeit) bei den Wahlen 2004 dar. Die PKS, die 1999 weniger als 2 Prozent der Stimmen erhalten hatte, konnte ihr Wahlergebnis 2004 auf 7,3 Prozent steigern. Seit 2004 ist sie zudem Teil der von Susilo Bambang Yudhoyono geführten Regierungskoalition. Neben den Erfolgen auf nationaler Ebene konnte sie sich zudem auf lokaler Ebene als starke politische Kraft etablieren. Dies gilt vor allem für die urbanen Gebiete des Landes: in Jakarta und einigen anderen Städten konnte die PKS 2004 sogar die meisten Stimmen gewinnen. Auffällig ist hierbei, dass die PKS im Wahlkampf 2004 nicht so sehr als religiöse Partei denn als Anti-Korruptionspartei antrat, und dadurch sogar Stimmen von Nicht-Muslimen gewinnen konnte. Forderungen nach einer weiteren Islamisierung des Rechts- oder des

---

13 Giora Eliraz: *Islam and Polity in Indonesia: An Intriguing Case Study*, Research Monographs on the Muslim World, Series No. 1, Paper No. 5, Hudson Institute, Februar 2007, S. 12 ff.

14 Vgl. Anies Rasyid Baswedan: *Political Islam in Indonesia – Present and Future Trajectory*, in: *Asian Survey*, Vol. 44, 2004, No. 5, S. 669-690.



Bildungssystems spielten hingegen im Wahlkampf der PKS kaum eine Rolle und die Einführung der *Sharia* war bislang ebenfalls nicht Teil der politischen Agenda der Partei.<sup>15</sup>

Paradoxerweise konnte die islamistische PKS offenbar gerade über ihr „sauberes“ Image als eine Partei, die auf eine Reform des weithin als korrupt verschrienen politischen Establishments drängt, 2004 massiv neue Wähler gewinnen. Dieses scheinbare Paradox wird durch die Ergebnisse der Lokalwahlen von 2007 weiter bestätigt, bei denen die PKS signifikante Stimmenanteile verloren hat. Analysen haben gezeigt, dass die Stimmenverluste der PKS 2007 vor allen Dingen auf die weit verbreitete Angst der Bevölkerung zurückzuführen waren, dass eine siegreiche PKS Verordnungen erlassen würde, die sich an den Rechtsgrundsätzen der *Sharia* orientiert. Diese Angst gründete sich im Wesentlichen auf eine Verschiebung der Wahlkampfthemen der PKS. Die sozialen und politischen Reformforderungen, die 2004 den Wahlkampf der PKS dominiert hatte, traten während des Wahlkampfes 2007 zugunsten einer stärker durch „religiöse“ Themen geprägte Agenda zurück. Gleichmaßen verzeichnete 2007 auch der politische Islam im Allgemeinen sinkende Popularitätswerte. Während 2004 bei Meinungsumfragen noch 20 Prozent eine stärkere Rolle des Islams bei der Regierungsführung befürworteten, waren es 2007 nur noch 9 Prozent. Ebenso sank die potentielle PKS-Wählerschaft auf nationaler Ebene laut Umfragen von ca. 8 Prozent 2004 auf nur noch 2,5 Prozent im Jahr 2007.<sup>16</sup> Andere Meinungsumfragen haben außerdem deutlich gemacht, dass derzeit bei Parlamentswahlen 43 Prozent aller Indonesier säkularen Parteien ihre Stimme geben würden, 5 Prozent würden islamistische Parteien wählen und der Rest der Stimmen würde auf moderate muslimische Parteien entfallen.<sup>17</sup>

Auf Provinz- bzw. Bezirksebene ist allerdings auch in Indonesien eine zunehmende Relevanz des Islam auf kultur- wie gesellschaftspolitischer Ebene zu beobachten: beispielsweise sind in mehr als 10 Prozent der Bezirke Indonesiens sowie in der gesamten Provinz Aceh seit 2001 *Sharia*-Verordnungen eingeführt worden, die de facto zu einer Islamisierung des lokalen Rechtssystems beigetragen haben. Weitere Bezirke dürften in Zukunft diesem Beispiel folgen. Mit Blick auf die Einführung *Sharia*-ähnlicher Verordnungen auf lokaler Ebene ist interessant, dass deren Einführung oftmals von Politikern nicht-islamistischer Parteien wie z.B. der ehemaligen Suharto-Partei Golkar mitgetragen wird. Dies erklärt sich nur vor dem Hintergrund, dass der „Trend“ zur Einführung derartiger Verordnungen nicht allein auf religiösen Überzeugungen basiert, sondern vielfach machtpolitisch motiviert ist. Diverse Politiker sehen ein Bekenntnis zum konservativen Islam als förderlich für die eigene Karriere an.<sup>18</sup>

Weit mehr als derartige Bestrebungen einer Islamisierung der Politik bzw. des politischen Systems haben in Indonesien aber in den letzten Jahren diverse militante islamistische Gruppierungen für Aufsehen gesorgt. Robert W. Hefner hat diese in Abgrenzung zu den verschiedensten zivilen muslimischen Organisationen als die „uncivil society“ bezeichnet.<sup>19</sup> Spätestens mit den Anschlägen auf zwei Nachtclubs in Bali im Oktober 2002 sorgte die „uncivil society“ auch auf internationaler Ebene für Aufsehen. Hinter den Anschlägen stand das transnational operierende Terrornetzwerk *Ji*, welches die Errichtung eines alle muslimischen Gebiete Südostasiens umfassenden Kalifatsstaates anstrebt. Die *Ji*, die auch 2003, 2004 und 2005 durch Bombenanschläge auf westliche Ziele wie das Marriott Hotel

---

15 Elizabeth Fuller Collins and Ihsan Ali Fauzi: Islam and democracy!, in: Inside Indonesia (online), No. 81, Januar 2005, <http://insideindonesia.org/content/view/192/29/> (25.11.07).

16 „Islam and Politics in Indonesia“, in: The Wall Street Journal (online), 24.10.06.

17 Ary Hermawan: Gloomy outlook for Islamist parties, in: The Jakarta Post (online), 16.10.06.

18 Luthfi Assyaukanie: The Rise of Religious Bylaws in Indonesia, RSIS Commentaries No. 22, Singapur 2007.

19 Robert W. Hefner: Muslim Democrats and Islamist Violence in Post-Soeharto Indonesia, in: ders. (Hg.).

Remaking Muslim Politics – Pluralism, Contestation, Democratization, Princeton 2005, S. 273-301, hier: S. 281 ff.

oder die australische Botschaft in Jakarta aus sich aufmerksam gemacht hat, ist durch mehr als 200 Verhaftungen in den letzten Jahren geschwächt worden. Im Juni 2007 gelang es der indonesischen Polizei sogar den *amir* (Anführer) der Organisation, Zarkasih, sowie ihren militärischen Kommandeur, Dujana, festzusetzen.<sup>20</sup> Zur aktuellen Schwächung der JI hat außerdem der Umstand beigetragen, dass sich die Organisation entlang der Frage, wie zukünftige Operationen durchgeführt und welche Ziele getroffen werden sollen, gespalten hat. Eine kleine Gruppe um Noordin Mohammed Top, den vermuteten Drahtzieher des Anschlages auf die australische Botschaft, will weiterhin der „Al-Qaida-Linie“ folgen und große, westliche Ziele angreifen, während die Mehrheit innerhalb der JI eine Veränderung bisheriger Taktiken hin zu „kostengünstigeren“ kleineren, nationalen Zielen favorisiert.<sup>21</sup> Die derzeitige Schwächung der JI sollte jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass die Organisation nach unabhängigen Schätzungen immer noch über mehrere Hundert Mitglieder verfügt und nach wie vor zu Anschlägen fähig ist.<sup>22</sup>

Neben der JI gibt es eine ganze Reihe militanter Gruppierungen, die auf nationaler Ebene operieren, wie z.B. die mittlerweile offiziell aufgelöste Laskar Jihad Miliz, oder die Front Pembela Islam (FPI). Diese unterscheiden sich allerdings massiv in Organisationsform und politischen Zielen und spiegeln so die Heterogenität der militanten islamistischen Kräfte in Indonesien wieder. Laskar Jihad wurde vor allem ab 2000 durch ihr vom Militär unterstütztes Eingreifen in den Konflikt zwischen Christen und Moslems auf den Molukken bekannt.<sup>23</sup> Die FPI ist vor allem in Städten aktiv und führt in erster Linie direkte Aktionen gegen Bordells, Bars und Diskotheken durch und kann mit Unterstützung lokaler Politiker und Militärs z.B. für Demonstrationen Tausende von Anhängern mobilisieren.<sup>24</sup> Obwohl die erwähnten Gruppierungen massive ideologische Differenzen aufweisen, wenden sie sich alle gegen die von ihnen als Bedrohung empfundene Verwestlichung Indonesiens und begründen ihre politischen Forderungen auf einem extrem strikt ausgelegten, arabisierten Islam. Während sich die politische Klasse Indonesiens seit den Anschlägen der JI in Bali von dem islamistischen Terrorismus der JI distanziert hat und die repressiven Politiken der Zentralregierung gegenüber der JI breite Unterstützung finden, so werden die Aktivitäten islamistischer Milizen nicht nur von vielen Mitgliedern islamistischer Parteien geduldet, sondern vielerorts sogar zum Erreichen eigener politischer Ziele instrumentalisiert. Der Islamismus hat somit zwar in Indonesien vor allem in Gestalt der erwähnten gewaltbereiten Gruppierungen für Aufsehen gesorgt; jenseits der militanten Gruppierungen hat der Islam auf nationaler politischer Ebene allerdings weitaus weniger Konjunktur als in Malaysia.

Die stärkere Islamisierung der Politik in **Malaysia** ist vor allem auf die erwähnte Konkurrenz zwischen Regierung und Opposition um den „wahren Islam“ zurückzuführen. Während die PAS nach den nationalen Wahlen 1999 in zwei Provinzen die Regierungsgeschäfte übernehmen konnte und über 27 Sitze im Parlament verfügte, musste sie bei den letzten nationalen Wahlen 2004 starke Stimmenverluste hinnehmen. Sie verlor die Wahlen im Bundesstaat Terengganu und verfügt zudem aktuell nur noch über 7 Sitze im Parlament. Beobachter erklärten auch hierbei das schlechte Abschneiden der Islamisten mit der Abwendung der PAS von sozioökonomischen Reformprogrammen hin zu einer

---

20 Mark Forbes: Indonesia confirms arrest of JI leaders, in: Sydney Morning Herald (online), 16.06.07.

21 International Crisis Group: Indonesia: Jemaah Islamiyah's Current Status, Asia Briefing No. 63, Jakarta/Brüssel, 03.05.07, S. 13 f.

22 ebd.

23 Vgl. Michael Davis: Laskar Jihad and the Political Position of Conservative Islam in Indonesia, in: Contemporary Southeast Asia, Vol. 24, 2002, No. 1, S. 12-32.

24 Greag Fealy: Islamic Radicalism in Indonesia – The Faltering Revival?, in: ISEAS (Hg.). Southeast Asian Affairs 2004, Singapur 2004, S. 114 ff.

islamistischeren Ausrichtung.<sup>25</sup> Zentral hierfür war das von der PAS im November 2003 veröffentlichte „Islamic State Document“, in dem die wesentlichen Ziele und Merkmale eines islamischen Staates für Malaysia vorgeteilt wurden.<sup>26</sup> Die darin enthaltenen Forderungen, die u.a. die Einführung der *Sharia* und des *Hudut*-Strafrechtes umfassten, schürten nicht nur unter Nicht-Muslimen die Angst vor einer weiteren Islamisierung Malaysias, sondern führten auch zur weiteren Vertiefung der Spaltungen innerhalb der Opposition.<sup>27</sup>

Das „Islamic State Document“ der PAS wurde von der zweitstärksten Oppositionspartei, der sozialdemokratisch orientierten DAP, als mit der gültigen Verfassung Malaysias nicht vereinbar abgelehnt.<sup>28</sup> Das starre Beharren der PAS auf die Einführung der *Sharia* und des *Hudut*-Strafrechtes verhinderte nicht nur die Formierung eines oppositionellen Wahlbündnisses im Vorfeld der Wahlen von 2004, sondern es kostete die PAS auch eine ganze Reihe von Stimmen. Es gelang ihr nicht, die Wahlen wie 1999 als Konkurrenz zwischen autoritärer Regimekoalition und pro-demokratischer Opposition darzustellen. Vielmehr erschienen die Wahlen 2004 nicht nur den indisch- und chinesischstämmigen Minderheiten, sondern auch vielen gemäßigten Muslimen als Wahl zwischen einem moderateren und einem orthodoxeren Islammodell.<sup>29</sup> Zudem stießen die islamistischen Politiken der PAS auch in den von ihr regierten Bundesstaaten schnell an realpolitische wie verfassungsrechtliche Grenzen. Verwirklicht wurden nicht so sehr die von ihrer Wählerschaft erwarteten Sozial- oder Wirtschaftsreformen, sondern primär die Schließungen von Spielhallen und Nachtclubs, von Bars mit Alkoholausschank oder das Verbot von Prostitution. Derartige repressive Maßnahmen unterscheiden sich aber kaum von denen der Regierungskoalition, die in von ihr geführten Bundesstaaten im Kontext der Konkurrenz um den „wahren Islam“ ebenfalls derartige Gesetzgebungen erlassen hatte.<sup>30</sup>

Letztlich war es der Regierungskoalition durch die Konkurrenz um den „wahren Islam“ möglich, sich selbst als moderate, reformorientierte islamische Partei darzustellen und so die islamistische Opposition zu schwächen. Damit einher ging zum einen eine Verstärkung der ethnischen Segregation,<sup>31</sup> zum anderen eine weitere Schwächung der demokratischen Kräfte im Land, da im Zuge der Islamisierung der Politik demokratische Reformforderungen zugunsten „islamischer Themen“ marginalisiert bzw. als „westlich“ und damit „unislamisch“ abgestempelt werden konnten. Neben der weiterhin dominierenden Konkurrenz zwischen Opposition und Regierung um den wahren Islam ist ein weiteres Kennzeichen des politischen Islam in Malaysia das fast völlige Fehlen gewaltbereiter

---

25 Vgl. Joseph Liow: The Politics Behind Malaysia's Eleventh General Elections, in: Asian Survey, Vol. 45, 2005, No. 6, S. 907-930.

26 Vgl.: PAS: The Islamic State Document, online unter: [http://khazanahnasional.files.wordpress.com/2006/10/the\\_islamic\\_state\\_document.pdf](http://khazanahnasional.files.wordpress.com/2006/10/the_islamic_state_document.pdf) (18.08.07).

27 Die vier großen Oppositionsparteien, neben der PAS waren dies die Democratic Action Party (DAP), Keadilan (Nationale Gerechtigkeitspartei) und die Parti Rakyat Malaysia (Malaysische Volkspartei), hatten sich 1999 zum Wahlbündnis Barisan Alternatif (BA – Alternative Front) zusammen getan, welches wie an anderer Stelle erwähnt bereits Ende 2001 an internen Konflikte zerbrach.

28 Laut Verfassung ist Malaysia eine demokratische, säkulare und multireligiöse Nation. Der Islam ist Staatsreligion, aber Malaysia ausdrücklich kein Islamstaat. Folglich ist oberster Rechtsgrundsatz die Verfassung und nicht die *Sharia* bzw. der Koran.

29 Andreas Ufen: Die 11. nationalen Wahlen in Malaysia – Semi-kompetitive Wahlen, Konfliktlinien und Demokratisierungsblokkaden, in: Internationales Asienforum, Vol. 36, 2005, No. 1-2, S. 49-74, hier: S. 71 f.

30 Jan Stark: Der Gottesstaat an der Ostküste: Blockaden des Islamismus in Malaysia, in: Internationales Asienforum, Vol. 36, 2005, No. 1-2, S. 75-93, hier: S. 88 ff.

31 Ein Indikator hierfür sind die Protestmärsche indischstämmiger Malaysier im November 2007, die sich gegen die zunehmende Diskriminierung der ethnischen Minderheiten durch die Zentralregierung wandten. Hierbei kam es wiederholt zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und Demonstranten. Vgl. „KL police fire tear gas to halt protest“, in: Straits Times (online), 25.11.07.

islamistischer Organisationen. Dies ist vor allen Dingen auf den starken Repressionsdruck des (autoritären) Regimes gegenüber den wenigen existierenden gewaltbereiten islamistischen Organisationen zurückzuführen. Diese konnten vor allem seit den Anschlägen von Bali weitestgehend zerschlagen werden.

## 5. Fazit

Mit Blick auf die Frage nach dem Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Islamisierung und deren politischen Konsequenzen lässt sich festhalten, dass im Falle Malaysias und Indonesiens eine zunehmende gesellschaftliche Islamisierung nicht linear zu einer Islamisierung der Politik führt. Vielmehr ist der Grad der Islamisierung der Politik von einer Reihe von Faktoren wie der Heterogenität oder Homogenität der Muslime allgemein wie der islamistischen Kräfte im Besonderen, der Verfasstheit des politischen Systems, der Rolle des Staates und den Dynamiken zwischen den islamischen Parteien (kooperativ oder konfliktiv), abhängig. Sie alle wirken sich determinierend auf eine mögliche Islamisierung der Politik aus. Zudem muss angemerkt werden, dass in beiden Ländern islamistische Parteien paradoxerweise größere Stimmengewinne bei Wahlen verzeichnen können, wenn sie anstatt „religiöser“ Themen Wähler über Forderungen nach sozioökonomischen und politischen Reformen mobilisierten. Dadurch gelang es ihnen, sich als „demokratische“ bzw. „saubere“ Alternative zum bestehenden Parteiensystem bzw. zur Regierungskoalition zu präsentieren.

Obwohl sowohl Teile der moderaten Muslime wie der nicht-muslimischen Minderheiten der Politik der Regierungskoalition nach wie vor kritisch gegenüberstehen, konnte die PAS in **Malaysia** aufgrund der zunehmenden Islamisierung ihres politischen Programms nicht an ihre Wahlerfolge von 1999 anknüpfen. Forderungen nach einer „sauberen“ Regierungsführung und nach sozioökonomischen Reformen, mit denen die PAS Ende der 90er Jahre punkten konnte, sind in den letzten Jahren gegenüber religiösen Forderungen wie der Errichtung eines Islamstaates immer mehr abgefallen. Dies hängt zum einen mit der erwähnten Konkurrenz zwischen PAS und Regierungskoalition um die Repräsentanz des „wahren Islam“ zusammen, zum anderen hat sich aber außerdem in von der PAS regierten Bundesstaaten gezeigt, dass viele angekündigte Reformen außerordentlich schwer umzusetzen sind. Die Regierungskoalition um den seit 2003 amtierenden Präsidenten Badawi, seinerseits selbst islamischer Gelehrter, hat zudem in vielen Bereichen Politiken umgesetzt, die ebenso konservativ sind wie die der PSA, wodurch der PAS weitere Wählerstimmen verloren gegangen sind.

Für **Indonesien** ist festzuhalten, dass, trotz einer seit den 1970ern voranschreitenden Islamisierung des gesellschaftlichen Lebens, der Islam auf politischer Ebene einen weitaus geringeren Stellenwert besitzt. Bislang jedenfalls hat die zunehmende Islamisierung der Gesellschaft nicht zu einer Islamisierung der Politik bzw. des politischen Diskurses geführt – dies verdeutlichen nicht zuletzt die zuvor angeführten Umfragewerte. Der geringere Islamisierungsgrad der Politik in Indonesien erklärt sich u.a. aus folgenden Faktoren: neben der Heterogenität der islamistischen Kräfte und der fehlenden dominanten Stellung des Islam im politischen Diskurs sind dies vor allem die langjährige politische Marginalisierung des Islams unter Suharto, eine weitaus schwächere staatliche Islamisierungspolitik sowie das Vorhandensein starker reformislamischer Strömungen in der Zivilgesellschaft seit den 90er Jahren. Der Großteil der Bevölkerung wie auch der politischen Klasse lehnt daher nach wie vor die Einführung der *Sharia* ab, ebenso die Aktivitäten gewaltbereiter islamistischer Organisationen.

Konträr zu den anfangs erwähnten, primär sicherheitspolitisch fokussierten Analysen erscheint mit Blick auf die gesellschaftlichen und politischen Islamisierungstendenzen in Malaysia und Indonesien in erster Linie der Umstand problematisch, dass es derzeit keine

machtvollen gesellschaftlichen wie politischen Gegenentwürfe zum Islam in Malaysia und Indonesien zu geben scheint. In steigendem Maße sehen sowohl in Malaysia als auch in Indonesien Teile der Bevölkerung die eigenen „säkularen“, „pro-westlichen“ Regierungen als korrupt und den modernen Nationalstaat als ineffizient an. Der (konservative) Islam bietet hierbei zunächst einen ethisch-moralischen Codex für ein gerechteres Regieren an, dem derzeit keinerlei Gegenentwürfe entgegenstehen. Hieraus folgt eine zunehmende Politisierung des Islam, die sich jedoch in beiden Ländern unterschiedlich äußert. In Malaysia hat die Konkurrenz um den „wahren Islam“ den Islam ins Zentrum des politischen Diskurses gerückt. Derartige Prozesse finden sich in Indonesien derzeit (in geringerem Maße) nur auf Provinz- bzw. Bezirksebene. Letztlich folgt einer „Islamisierung“ der politischen Agenda also keinesfalls zwingend eine Welle islamistischer Gewalt oder die Errichtung eines Islamstaates, aber sie verkleinert in jedem Fall den Spielraum für demokratische (säkulare wie auch reformislamische) Kräfte.